

Altersvorsorge

Krise kostet Rente

Von Rainer Woratschka

Ganz so unbeschadet, wie kürzlich von der OECD prophezeit, wird das deutsche Rentensystem aus Expertensicht wohl doch nicht aus der Finanz- und Wirtschaftskrise herauskommen. Ein Mannheimer Forscher hat die Folgen der Rezession für die staatliche Altersvorsorge errechnet.



Trügerische Idylle. Rentner müssen die Krise mit Vermögensverlust bezahlen.
Foto: pa/dpa dpa

(...) In den nächsten zehn Jahren sei infolgedessen nicht nur ein um etwa 0,5 Prozentpunkte höherer Beitragssatz zu erwarten, sagte der Direktor des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel, Axel Börsch-Supan, in Berlin. Die jetzigen und künftigen Rentner müssten die Krise auch mit einem „permanenten Vermögensverlust“ bezahlen.

In einer aktuellen Studie kommt der Forscher zu dem Ergebnis, dass die Rentensteigerungsraten künftig „über mehrere Jahre um rund einen Prozentpunkt niedriger liegen als ohne Krise“. (...) Hauptursache dafür seien niedrigere Lohnabschlüsse sowie die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Rentengarantie, mit der die Regierung vor kurzem eigens Rentenkürzungen für den Fall sinkender Löhne ausgeschlossen hat, könne die Abwertung der gesetzlichen Rente nicht verhindern, betonte Börsch-Supan. Sie verschärfe allerdings den Druck auf den Beitragssatz, der dadurch schon im Jahr 2011 die 21-Prozent-Marke erreichen könne. (...)

Bislang freilich hat die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung nichts anhaben können. (...) Entsprechend verwahrten sich die Versicherer gegen die aus ihrer Sicht zu pessimistischen Prognosen des Mannheimer Instituts. Der zugrundegelegte Rückgang der Löhne für 2009 um 2,3 und im Negativfall um bis zu vier Prozent sei „unwahrscheinlich“, betonten sie. Und vorübergehende Einbrüche am Arbeitsmarkt

seien aufgrund der Milliardenrücklagen auch „verkraftbar, ohne dass eine Beitragssatzanhebung erforderlich würde“.

(...) Sollten die Nominallohne auch aufs Gesamtjahr bezogen ins Minus rutschen, würde die Rentengarantie der Regierung erstmals greifen. Profitieren würden von dem Kürzungsverbot aber nur Rentner und rentennahe Jahrgänge, betonte Börsch-Supan. Die wegen der Bevölkerungsalterung ohnehin niedrigeren Renditen der Jüngeren dagegen würden nochmals „geschmälert, denn diese Jahrgänge müssen die Kosten der Garantie in Form höherer Beitragssätze zahlen“.

Der vollständige Artikel erschien im Tagesspiegel am 23. September 2009.